

Die „Freiheit“ erscheint montags und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zahlung im Voraus für drei Monate 10.00 M., im voraus zahlbar, von der Spedition 10.00 M. abwärts 8.50 M. Für Postfracht werden sämtliche Postämter in Betracht gezogen. Unter Umständen bezogen für Deutschland und Österreich 16.50 M., für das übrige Ausland 21.50 M., einschließlich Postfracht, per Bote für Deutschland und Österreich 30.00 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 533-36 und 9768.

Die abgehenden Postanstalten oder deren Raum kostet 5.- M., einschließlich Postfracht (einschl. Porto). Die abgehenden Postanstalten oder deren Raum kostet 5.- M., einschließlich Postfracht (einschl. Porto). Die abgehenden Postanstalten oder deren Raum kostet 5.- M., einschließlich Postfracht (einschl. Porto).

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Aufruf zur Völkerveröhnung.

Ein Appell an die deutschen Arbeiter.

Genosse Jacques Meunier, Generalsekretär eines französischen Eisenbahnerverbandes, schreibt uns folgenden beachtenswerten Brief.

Berlin, den 8. Juni 1920.

Genossen! Ich bin dabei, nach Paris zurückzukehren, nach einer Reise durch Deutschland, die ich allein zu dem Zwecke gemacht habe, die deutsche Seite nicht allein der verschiedenen sozialen Klassen, sondern des ganzen deutschen Volkes zu studieren. Ich gehe mit dem Bewußtsein, daß ich von Euch gehe mit der Traurigkeit eines Menschen, der sich durchdringbar getäuscht sieht.

Genossen, die Arbeiter, das heißt die Menschen, die produzieren und die in unseren Nationen arbeiten, müssen sich endlich verstehen und müssen über ein Mittel nachdenken, den blutigen Kampf der Chauvinisten und der verböberischen Rumpelkrieger dieser Nationen zu gestören. Das ist die dringendste und höchste Aufgabe des Sozialismus. In den deutschen Zeitungen läuft jetzt ein erbitterter und bekümmender Kampf gegen Frankreich mit dem klaren Ziel, die Arbeiterklassen — die anderen sind es schon — gegen die französische Nation aufzubringen. Genossen, die verböberische Regierung hat erkannt, daß das einzige Mittel, die Nationen zu beherrschen und auszubeuten und sie nach ihrem Willen zu führen, das ist, sie auf das geistige Niveau von 1914 zurückzuführen, das heißt sie blind zu machen. Und diese fürchterlichen Pläne sind nahe daran, zu gelingen, wenn wir Sozialisten nicht so rasch wie möglich dagegen vorgehen.

Genossen, vergeßt nicht, daß der Krieg, den eure Regierung führt, im Grunde genommen ohne Unterlagen und ohne Gründe ist. Eure Aufgabe ist also nicht zu schwer. Der Haß der Franzosen ist aber leichter begründet. Nicht wegen der anderthalb Millionen geblühter Brüder! Ihr habt auch dieselben schmerzhaften Verluste. Ihr Tod hätte einen Zweck, wenn alle Brüder geworden wären. Es handelt sich um die Ruinen unserer Dörfer, unserer Fabriken, um unsere Heime, die von euren wahnwitzigen Militärs seit dem Pöbelkrieg 1917 zerstört worden sind. Ich spreche nicht von den Törchen, die durch die Schrecken verunstaltet worden sind, denn das war trotz allem unvermeidlich. Es ist vielmehr die Sklaverei, die unsere Revolution während des Krieges in den besetzten Gebieten über sich hat ergehen lassen müssen. Ich konstatiere mit Genossen, daß nicht die Kämpfer, also die Arbeiter und die Produzenten, die den unglücklichen Wüstlingen waren, sondern allein diese Junker, diese Offiziere usw., die hinter eurer Front lagen. Also, Genossen, ich bitte Euch inständig, mit es laut dem deutschen Volke zu, daß es allein diese Junker sind, die die Urheber des bedauerlichsten Schicksals Deutschlands sind, die die Feindschaft der Entente und des französischen Volkes in besonderer hervorgerufen haben. Merkt es gut: Selbst der Arbeiter schließt sich dem an. Denn der arme ebenso wie der Reiche wurde von diesen Barbaren gemartert. Selbst z. B. das Buch „Charles de Gaulle“, das ich im Appell in Paris veröffentlicht habe und das Ihr wahrlich leicht verstehen, daß es unseren Regierenden stets geliebt, die Empathie und die Sympathie der ganzen Nation in ihren Handlungen gegen Deutschland zu finden.

Es ist nicht das französische Sozialisten, keinem Volke zu erklären, daß es nicht der Deutsche war, der ihn quälte, sondern die barbarische Klasse der Militäristen, Junker, Altheuten, die das ganze deutsche Volk tyrannisierten und die noch heute herrschen. Eure Aufgabe ist ebenfalls ganz klar. Ihr müßt dem deutschen Volke die Gründe des Hasses gegen alles, was den Namen deutsch trägt, verständlich machen, aber daß es auch bei uns Männer gibt, die dabei sind, die Nation wieder zu bringen, nicht mehr die zu lassen, die im Grunde genommen an sich dem, was geschehen ist, unverständlich sind. Denn mit der Zeit kommen, wo der Deutsche und der Franzose sich die Hände reichen wird. Die Arbeit, die uns erwartet, ist schwer, aber notwendig für die Wiedervereinigung der Völker!!!

Freundschaftliche Grüße Euer Kamerad Jacques Meunier, Generalsekretär des Eisenbahnerverbandes der Dinton Paris-Lyon-Méditerranée.

Rußland und die Entente.

H. N. Paris, 12. Juni.

Die Kommission des Obersten Wirtschaftsrates trat am Freitag zum neuen zusammen. An dieser Sitzung nahm der Vertreter Sowjet-Rußlands nicht teil. Der französische Vertreter gab eine Rede über die Lage und es wurde darauf beschlossen, einen Fragebogen aufzustellen, der sämtliche von Frankreich als wichtige Punkte erachtete Fragen enthalten und dessen gut beantwortung vorgelegt werden soll.

Die schwedische Regierung erklärte, daß sie zu genehmigen, daß die 26 Millionen Goldmark des Sowjetregimes nicht in den Verkehr gebracht und unter amtliche Verwaltung gestellt werden.

T. U. London, 12. Juni.

In der gestrigen Unterhausführung erklärte Lloyd George, es sei kein Grund vorhanden zu der Annahme, daß die Weltmittel, die Kräfte und der russischen Delegation zur Verfügung stehen, in illoyaler Weise ausgegeben würden.

Von der polnisch-russischen Front.

Kopenhagen, 12. Juni.

Ein Telegramm aus Warschau zufolge teilt der polnische Generalstab mit: Auf dem nördlichen Frontabschnitt dringen die polnischen Heere trotz des Widerstandes des Feindes stetig vor. Es wurden zahlreiche Gefangene gemacht und über 100 Maschinengewehre und eine große Zahl Wagen und anderes Kriegsmaterial erbeutet. Um die sich zurückziehenden Hauptgruppen auf dem nördlichen Frontabschnitt zu entlasten, haben die Bolschewisten mit größeren Streitkräften einige Punkte an der mittleren Front angegriffen, um den Fluß zu überschreiten. Dieser Angriff wurde zurückgewiesen. Auf der Front zwischen dem Dnjestr und Dniestr entwickelten sich lokale Kämpfe mit gutem Erfolge für die Polen.

Der schwedisch-russische Warenaustausch.

T. U. Stockholm, 12. Juni.

Abdolot Gelberg, der hiesige Vertreter der Sowjetregierung, demontiert die Behauptung der „Times“, daß die schwedischen Banken sich der Aufnahme des Handels mit Sowjetrußland gegenüber sehr reserviert verhalten. Die Handelsverbindung sei im Gegenteil bereits effektiv; die Schweden haben bereits Waren nach Rußland geschickt und russisches Gold in Schweden ankommen lassen. Eine Stockholmer Bank sei seit längerer Zeit in Handelsverbindung mit den Zentren-Sowjet. In russischem Besitz in Rußland befinden sich außerdem von dieser Bank ausgestellte Schecks vieler Millionen.

Die litauisch-russischen Verhandlungen.

Kopenhagen, 11. Juni.

Der Korrespondent der „Berlingske Tidende“ in Kowno drückt, daß der aus Moskau zurückgekehrte Teil der litauischen Friedensdelegation sich demnach wieder nach Moskau zurückbegeben wird, um die Friedensverhandlungen fortzusetzen. Um bei der ferneren Entwicklung der polnisch-russischen Kämpfe gegen jede ernste Ueberwältigung geschützt zu sein, habe die litauische Regierung die Mobilisierung des litauischen Heeres angeordnet.

Die Neubildung des italienischen Kabinetts.

Rosel, 12. Juni.

Die Agentur Stefani meldet: Stalini hat dem König die neue Ministerliste gestern präsentiert. Zum Minister des Inneren ist Graf Storza ernannt. Stalini wird außer dem Präsidium noch das Ressort des Innenministers übernehmen. Er erklärte, daß er nicht persönlich an der Konferenz in Spa teilnehmen werde.

Vorbereitungen zur Konferenz in Spa.

H. N. Paris, 12. Juni.

Der „Matin“ bestätigt, daß Willstrand sich mit der Absicht, eine Sonderbesprechung der Minister irgendwo an der französischen Küste, wahrscheinlich in Evian, am 20. Juni anzuknüpfen zu lassen, einverstanden erklärt habe. Diese Konferenz ist als Vorbereitung zu den Verhandlungen in Spa gedacht.

Die Moskauer Internationale gegen die kommunistische Arbeiterpartei.

T. U. Stockholm, 11. Juni.

In einer Erklärung der Moskauer kommunistischen Internationale wird über das Verhalten an den deutschen Kommunisten ausgesprochen: Die deutsche kommunistische Arbeiterpartei hat sich in allen internationalen Fragen mit der kommunistischen Internationale in Widerspruch gesetzt. Das Verhalten der Partei um Aufnahme in die kommunistische Internationale wurde von dem Hauptamt dahin beantwortet, die Partei könne Zutritt erhalten, wenn sie sich verzichtet, sich allen Beschlüssen des Kongresses zu unterwerfen und vorher die nationalpolitisch gesinnten Gegenrevolutionäre aus der Partei ausschließt.

Politische Schiebertricks.

Wir haben bereits gesagt, daß die Antwort Crispiums von allen Parteigenossen als reine Selbstverständlichkeit empfunden werden wird. Es ist uns keine einzige Stimme in der ganzen Partei bekannt geworden, die sich dahin geäußert hätte, daß der Eintritt der Unabhängigen Sozialdemokratie in eine Koalitionsregierung möglich oder denkbar sei. Die bürgerliche Presse, die ihrerseits bereits ihren Parteien erklärt hatte, daß ein Zusammengehen mit der Unabhängigen Sozialdemokratie für sie gar nicht in Betracht kommen könne, sagt denn auch, daß die Antwort Crispiums, wie schon aus der Haltung der „Freiheit“ zu erkennen gewesen wäre, keine Ueberwältigung bringe.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat ihre Antwort mit aller Klarheit erteilt. Sie hat damit gezeigt, daß sie das widerwärtige Spiel, das gegenwärtig von allen anderen Parteien getrieben wird, keinen Moment lang mitzumachen gewillt ist, und es ist ein Zeichen der Stärke, daß wir auf die elenden politischen Tricks verzichteten können, die hierzulande als Politik gelten.

Die anderen Parteien suchen gegenwärtig eine jede der anderen die Verantwortung für Beteiligung oder Nichtbeteiligung an der Regierung zuzuschreiben. Am dümmsten, weil am durchsichtigsten, betreiben die Rechtssozialisten diese Taktik. In der Partei bestehen zwei Strömungen, von denen die eine unter allen Umständen an der Regierung beteiligt bleiben will, während die andere zwar schweren Herzens, aber der Lehre, die die Wahlen eben erteilt haben, eingedenk, in die Opposition gehen möchte.

Wir voraussichtlich, nimmt die Richtung, die sich vom dem Schein der Regierungsmacht nicht trennen kann, täglich an Einfluss zu. Ihrer Stärkung geht ja auch das schnelle Vorgehen Millers, der die morgen zusammenzutretende Konferenz der Rechtssozialisten vor die vollzogene Tatsache der Ablehnung unserer Partei stellen wollte, um so die Zustimmung für die Teilnahme der Rechtssozialisten zu verstärken. Ebenso läßt sich aus dem Briefe deutlich erkennen, wie diese Herren operieren wollen. Sie werden die Gefahren einer bürgerlichen Regierung schwarz in schwarz malen, sie werden ergründen, daß damit die größten Gefahren über die Arbeiterbewegung heraufbeschworen werden, und daß infolgedessen das „Schwere Opfer gebracht“ werden müsse, auf den Ministerstühlen sitzen zu bleiben.

Noch kindlicher operiert die „Vorwärts“-Redaktion, die bisher mehr dem Übergang in die Opposition anhängt. Sie läßt sich deshalb den Sinn der hier veröffentlichten Artikel, und zwar laufen dabei fortwährend zwei Fälschungen nebeneinander. Einmal wird den „Vorwärts“-Lesern erzählt, die „Freiheit“ „will die Regierung verlassen“. Das andere Mal soll die „Freiheit“ angeblich „Sanktionen“ gegen eine Koalitionsregierung vortragen und deshalb an die bekannten Minimalforderungen erinnert haben.

Das eine ist so unklar wie das andere. Wir wollen keine Regierung verlassen, aber wir haben konstatiert, daß die soziale Klassenverteilung, wie sie in den Wahlen zum Ausdruck gekommen ist, im gegenwärtigen Moment eine bürgerliche Regierung ermöglicht, und wir haben gesagt, daß eine Beteiligung der Rechtssozialisten an der Regierung die Stellung der Bourgeoisie stärkt und die des Proletariats schwächt. An der Ablehnung einer Koalition mit den bürgerlichen Parteien durch die Unabhängige Sozialdemokratie haben wir nie den geringsten Zweifel aufkommen lassen.

Der „Vorwärts“ braucht aber Fälschungen. Entschuldigend sich seine Partei für das Verbleiben in der Koalition, so wird der „Vorwärts“ diesen Beschluß gegen keine andere Ueberzeugung damit begründen, daß die Unabhängigen die Rechtssozialisten zur Koalition gezwungen hätten, weil nur so die Regierung verlassen hätte vermieden werden können. Im anderen Falle hätte der „Vorwärts“ gleichfalls die Verantwortung auf uns abwälzen zu können. Wir hätten die Forderungen als Bedingung für den Eintritt in eine bürgerliche Regierung gestellt haben. Die Rechtssozialisten würden sie akzeptieren, aber die bürgerlichen Parteien würden sie vielleicht ablehnen. Täten sie es wider Erwarten nicht, so wären die Unabhängigen gefangen, bei Ablehnung aber würde die bürgerliche die „Verantwortung“ für den Übergang der Rechtssozialisten in die Opposition treffen und diese hätte dabei gleich eine günstige Position erreicht, indem sie auf gleicher Linie mit den Unabhängigen ständen.

Das mag nun alles sehr schön erdacht sein, ist aber doch nur herzlich dumm. Wir haben gar keine Ursache, die Sozialdemokratie zu verlassen, weil wir keine grundsätzliche

Gegen den Raub des Streikrechts.

Pommersche Gewerkschafter gegen den Entwurf der Schlichtungsordnung.

Der „Gewerkschaftliche Nachrichtendienst“ des K. D. S. V. veröffentlicht folgenden Protest gegen die Erdrosselung des Streikrechts mittels obligatorischer Schiedsgerichte:

Die für Pommern bestehende Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschafter und sonstigen Bezirksbeamten der freien Gewerkschaften hat in ihrer letzten Zusammenkunft Stellung genommen zu dem Entwurf der neuen Schlichtungsordnung. Die Anwesenden verurteilen mit aller Schärfe die in dem Entwurf zutage tretende Tendenz, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu verschlechtern. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen mit aller Entschiedenheit verlangen, daß sie in ihrer Bewegungsfreiheit zur Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen unter keinen Umständen durch irgendwelche einseitigen Bestimmungen behindert werden. Sollen staatliche Schlichtungsstellen geschaffen werden, so muß unbedingt verlangt werden, daß schon bei der Zusammenlegung der Schlichtungskommissionen die Interessen der unorganisierten Beschäftigten im Rahmen der gewerkschaftlichen Organisationsstruktur eingebracht werden, da die bisherigen Institutionen nicht dazu angetan waren, diesen ein größeres Vertrauen entgegenzubringen.

Wir erwarten vom Reichsarbeitsministerium, daß dieses bei der nachmaligen Umarbeitung des Entwurfs vor allen Dingen eine größere Anzahl Gewerkschafter und Geschäftsführer der Gewerkschaften hinzuziehen wird, da diese durch ihre bisherige praktische Tätigkeit in der Bearbeitung der einzelnen Fälle vor den Schlichtungsstellen genügende Erfahrungen und Kenntnisse gesammelt haben.

Wir halten das Beispiel Pommerns für sehr nachahmenswert. Zugleich sollten die Gewerkschaften in ihren Versammlungen den Entwurf einer Schlichtungsordnung zum Gegenstand eingehender Beratung machen, damit die organisierte Arbeiterkraft das reaktionäre Wesen dieses Entwurfs erkennt und sich zum Massenprotest gegen den Raub des Streikrechts vereinigt. Die dünnen Stimmen der Gewerkschafter allein dürften dem Gebrüll der Reaktion nach den obligatorischen Schiedsgerichten nicht gewachsen sein.

Betriebsrätekongreß in Oberschlesien.

Am Sonntag, den 6. Juni, tagte in Königschüttel der 1. allgemeine Betriebsrätekongreß für das oberschlesische Wahlkreisgebiet. Der von den Genossen Karg und Kadach in deutscher und polnischer Sprache begründete Arbeitsplan auf der Grundlage des Entwurfs der Statuten der Betriebsräte (Berlin) wurde mit allen gegen vier Stimmen angenommen, ebenso zwei von Genossen Speil, Kortowich, vorgelegte Resolutionen, die wir im Auszug folgen lassen:

Der am 6. Juni d. J. in Königschüttel tagende erste Kongreß der Betriebsräte Oberschlesiens bekennt sich einmütig zu dem von der Werkskommission aufgestellten Arbeitsplan, der eine Betriebsräteorganisation als gemeinschaftliche Kampforganisation der oberschlesischen Arbeiterkraft gegen das Kapital verlangt. Nicht Sonderinteressen einzelner Gewerkschaften, sondern der Aufstieg der Arbeiterklasse ist leitender Grundgedanke für die Betriebsräte. Der Kongreß verurteilt den obliegenden Standpunkt der gewerkschaftlichen Arbeitsgemeinschaft.

Der Vollzugsausschuß der oberschlesischen Betriebsräte wird beauftragt, im Rahmen der aufgestellten Richtlinien noch zur praktischen Arbeit zu schreiten, um das oberschlesische Proletariat in Gemeinschaft mit den revolutionären Gewerkschaften und Parteien aus der Knechtschaft des Kapitals herauszuführen zum endgültigen Sieg der Hand- und Kopfarbeiter unter der Devise: „Alle Macht den Betriebsräten!“

In der zweiten Resolution heißt es:

Waffe dem japanischen Volkshater gegenüber (besonders die greissen Arisepflicht als „Helden“, an Kette und Stange leuchtend). Die Massen drängen zum Großen Schauspielhaus, und so muß Rembrandt auf seinem viel angelegenen Wege wohl doch ein vollständiges Bedürfnis herausgespielt und erfüllt haben, allen kritischen Literaturmännern zum Trotz. Vielleicht wird doch noch in dieser Richtung ein höheres Ziel der Kunst für alle zu erreichen sein.

Die viertägige Eignung des Kleinstheaters für massenhafte und doch künstlerische Auftritte wurde gestern auf New York erwiesen. Das Stück kam in seinem Grundmotiv, das übrigens auch Angenehmer in den „Kriegsgeheimnissen“ übernahm, sowie in seinen noch heute lebendigen dramatischen und satirischen Ausprägungen allseitig zur Geltung. Eine Helms, anmutig, leicht und schallhaft zugleich, war als Requisit eine überlegene Soubrette und Soubrette der Frauen, unter denen Elise Ederberg und Lotte Stein noch besonders hervorragen. Von den Männern hatte Janungs einen kostbaren Humor, und auch Böckhoff, Gray und die anderen trugen mit dem Heer von Männern und Frauen den Erfolg auf festen Schultern und nadien Weinen.

„Die goldene Mitternacht“, der aus dem Englischen kommende Burleske Schwan, den man bereits früher mit Erfolg sah, hat jetzt im Theater des Westens seine sommerliche Aufführung. Es gelingt Max Falkenberg, den etwas jähwichtigen Humor der Sache allmählich aufzuwickeln und mit seinen Witzworten das Publikum auch über die Schwächen des sonstigen Ensemble hinwegzumäuscheln.

Vingegangene Druckschriften.

- Rudolf Hilferding: Das Finanzkapital. Zweite unterherber Auflage. 600 Seiten.
- Otto Bauer: Bolschewismus oder Sozialdemokratie. 120 Seiten.
- Hilferding: Kapitalismus und Sozialismus. 120 S.
- Sämtlich erschienen im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung und zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Weite Straße 8-9. Bei Bezug durch die Organisationskassen. Dem „Sozialistischen Organ“ ist Post 17 erschienen. Es steht im Zeichen der Reichsschulungskonferenz. Inhalt: Sozialistische Erziehungsgebanten. — Die Reichsschulungskonferenz und das Proletariat. — Die Elternbeiräte auf der Reichsschulungskonferenz. — Das Erziehungsweesen im sozialistischen Staate. — Der Schulbergbau. — Aus der Arbeit der Elternbeiräte. — Schulreform in Sowjetrußland. — Aus unserer Bewegung.
- Der „Sozialistische Anzeiger“, Wochenchrift des Verbandes sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen und der sozialistischen Elternbeiräte, erscheint wöchentlich. Bezugspreis Vierteljährlich 650 M. (ohne Postgebühren) durch die Post oder vom Verlag „Der Sturm“, Berlin N. O. Potsdamer Straße 134a.

Der Kongreß verurteilt entschieden die nationalen Machenschaften in Oberschlesien und betont die Notwendigkeit, daß sich die gesamte oberschlesische Arbeiterkraft von allen diesen Zweifeln fernhält und eine geschlossene Kampffront aufstellt gegen Kapital und Reaktion. Die Kampffront darf nicht durch nationale Streitigkeiten getrennt werden. Die oberschlesischen Arbeiter sind entschlossen, sich ebenso energisch gegen Uebergriffe jeder Militärwillkür zu wenden.

Die versammelten Betriebsräte geloben, in ihren Betrieben dafür einzutreten, daß in keinem oberschlesischen Werk Kriegsmaterial hergestellt wird, das zum Kampf gegen Sowjetrußland Verwendung finden soll.

Der Kongreß bekennt die russischen Arbeiterbrüder seine Sympathie im Kampf der Arbeit gegen den Imperialismus. Der Kongreß war von 108 Betrieben mit 820 Delegierten besetzt.

Der 10prozentige Lohnabzug.

Es wird mitgeteilt: Die Vorschriften über den Abzug von Einkommensteuer an Arbeitslohn (gemäß den §§ 45-52 des Einkommensteuergesetzes), die am 26. Juni 1920 in Kraft treten, haben in der Öffentlichkeit vielfach zu irigen Annahmen geführt. Es besteht die Ansicht, als ob nur der vom 26. Juni 1920 ab verdiente Arbeitslohn dem 10prozentigen Abzug unterliege. Der Arbeitgeber nimmt daher an, daß, wenn er den Arbeitslohn am Schluß eines bestimmten Zeitraumes zahlt, er eine doppelte Rechnung aufmachen müsse; einmal was sein Arbeitnehmer bis zum 24. Juni 1920 und dann, was sein Arbeitnehmer vom 26. Juni 1920 an verdient habe. Diese Auffassung ist irrig. Dem 10prozentigen Abzug unterliegt jeder Arbeitslohn, der vom 26. Juni 1920 an zur Auszahlung gelangt, und zwar auch dann, wenn er auf eine vor dem 26. Juni 1920 liegende Zeit entfällt. Werden also beispielsweise für die Lohnwoche vom 21. bis 26. Juni 1920 250 Mark Arbeitslohn ausbezahlt, so sind 10 v. H. von den ganzen 250 Mark zu kürzen. Werden am 30. Juni 1920 1000 Mark Arbeitslohn für den Juni ausbezahlt, so unterliegen die ganzen 1000 Mark dem Abzug. Eine Auseinanderrechnung also zwischen vor und nach dem 26. Juni 1920 verdienten Arbeitslohn findet nicht statt.

Rappoffiziere und K. A. P. D.

In der Donnerstagsmorgenausgabe veröffentlichten wir zwei Schriftstücke, aus denen hervorging, daß zwischen führenden Mitgliedern der K. A. P. D. und Rappoffizieren Verhandlungen gepflogen worden sind, mit dem Ziel, die Interessen der Arbeiterkraft an die Militärabteilung zu verschleiern. Eines der Schriftstücke war mit „W. v. Heimbürg“ gezeichnet. Wir erhielten darauf die folgende, mit Palmenkruz versehene Verichtigung des Herrn v. Heimbürg:

Es ist nicht richtig, daß ich am 14. März 1920 den in der „Freiheit“ vom 10. Juni veröffentlichten Brief geschrieben habe. Nicht ich, vielmehr, daß mir die Herren Rasch und v. Seebach völlig unbekannt sind, und daß ich erst durch die „Freiheit“ von diesem angeblichen Brief Kenntnis erhalten habe. Ich habe mit der erwähnten Angelegenheit niemals auch nur das geringste zu tun gehabt.

Auch die Zeitung der K. A. P. D. streift in einem an uns gerichteten Schreiben die Echtheit des Schriftstückes ab und weist es von sich, daß Rasch mit W. v. Heimbürg irgendwelche Beziehungen angeknüpft habe. Wir bemerken hierzu das folgende: Die Schriftstücke haben uns im Original vorgelegen, und wir hatten um so weniger Grund, an ihrer Echtheit zu zweifeln, als während des Rapp-Vorfalles wiederholt offiziell betont wurde, die neue Regierung habe „Verhandlungen mit Arbeitervertretern“ angeknüpft. Weiterhin sieht sich, daß das Organ der K. A. P. D. in jenen kritischen Tagen schrieb: „Die politische Macht wird heute frei angeboten, das Proletariat braucht nur zuzugreifen.“ Dieser Satz konnte sich logischerweise nur auf Verhandlungen beziehen, die zwischen den Rappleuten und Vertretern der K. A. P. D. geführt wurden, denn nur diese Partei ist auf den abenteuerlich-verbrecherischen Gedanken gekommen, daß die politische Macht wie eine Marktware verschaukelt werden könne.

In dieser Verbindung ist es von Interesse, daß die „Noten Bahne“ im Anschluß an unsere Veröffentlichung feststellt, sie habe sich schon vor Wochen bereit erklärt, der K. A. P. D. außer Hilfe die Namen weiterer Mitglieder zu nennen, die nachweisbar mit den Rappleuten in Verbindung standen. Die Zeitung der K. A. P. D. wünschte die weiteren Einzelheiten nicht zu erfahren und wir sind deshalb zu der Behauptung berechtigt, daß die K. A. P. D. die gegen ihre Mitglieder erhobenen Anschuldigungen nicht entkräften kann, wenn sie sich nicht einwandfrei zu den Anschuldigungen der „Noten Bahne“ äußert.

Aus der Partei.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß das Exekutivkomitee der III. Internationale einen Kongreß nach Moskau einberuft. Dieser Kongreß soll der Erörterung einer Reihe dringender Fragen, insbesondere aber der Klärung der Bedingungen für den Beitritt zur III. Internationale gewidmet sein. Er soll am 15. Juni dieses Jahres in Moskau beginnen. Unterzeichner des durch Funkpruch verbreiteten Einberufungsmanifestes ist S. Nowinow. Der zweite Kongreß der III. Internationale in Moskau wird sich vor allem um die Verlangen der K. A. P. D. auf Forderung einer internationalen Konferenz aller revolutionären Parteien zur Bildung einer wirklich umfassenden, aktionsfähigen III. Internationale zu befassen haben.

Aus der Parteipresse.

Die soeben erschienene Nummer 24 der unabhängigen sozialdemokratischen Wochenchrift „Der Sozialist“ enthält folgende Beiträge: Ungewißheit von Rub. Weitzel; Zentrum und Koalition von Joh. Arden; Finanzen und Steuern von Bruno Kitz; Vom Stadtleben zur Landwirtschaft von Albert Schmitt. Die Lehren des ungarischen Zusammenbruchs von Dr. S. D. „Der Sozialist“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder durch den Verlag T. Reichel, Berlin W. 15, zum Preise von vierteljährlich 10 M. Einzelnummer 1 M., zu beziehen. Heft Nr. 21 des „Arbeiterblatt“ ist erschienen. Aus dem Inhalt: K. S. P. und Arbeiterbewegung von Max Sievert. Wann kommt der Sozialismus? von Karl Marchionni. Das gemischt-wirtschaftliche System und die Arbeiterkraft von Hermann Polak. Besuchen Sie die deutsch-österreichischen Arbeiterkräfte, von Dr. Otto Reichert. Lohn- und Währungsarbeit von Otto Lindner. Dienstverhältnisse, von Dr. Friedrich. Aus der Arbeiterkraft. Wäderschou. Zu beziehen durch jedes Postamt, alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag „Der Arbeiter“, Berlin C 26, Kanstr. 24.

Groß-Berlin.

Die Frauen und die Reichstagswahl.

In Spandau haben, wie schon bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Jahre 1919, in 31 Wahlbezirken, von insgesamt 35, Männer und Frauen getrennt abgestimmt. In diesen 31 Wahlbezirken sind insgesamt 23 294 Männer- und 23 359 Frauenstimmen gültig abgegeben worden. Nach den Bestimmungen des Statistischen Amtes der Stadt Spandau entfallen von 100 gültigen Stimmen auf

	Männer	Frauen
U. S. P. D.	25,4	29,0
S. P. D.	21,3	19,3
Deutschnationale Volkspartei	12,9	16,7
Deutsche Volkspartei	12,5	14,5
Deutsche Demokratische Partei	8,3	7,4
Kommunisten	6,3	4,2
Zentrumspartei	8,2	5,9
Sonstige	0,28	0,24

Es kommen somit von je 100 gültigen Stimmen bei den Männern 33,0, bei den Frauen 35,1 auf die sozialistischen Parteien (einschl. der Kommunisten). Dagegen erhielten die bürgerlichen Parteien von den Männern 37 Prozent, von den Frauen 45,9 Prozent Stimmen.

Ein weiteres Beispiel für die reaktionäre Wirkung des Frauenstimmrechts bietet die Abstimmung in Nieder-Sachsen, wo in drei Wahlbezirken die Abstimmung der männlichen und weiblichen Wähler getrennt vorgenommen wurde. In diesen drei Wahlbezirken wurden abgegeben gültige Stimmen von Männern 230, von Frauen 260. Davon entfielen Stimmen von Männern:

	von Männern	von Frauen
Unabhängige	050	026
Rechtssozialisten	422	447
Kommunisten	85	19
Demokraten	184	176
Deutsche Volkspartei	819	806
Deutschnat. Volkspartei	260	488
Zentrum	42	88
Deutscher Wirtschaftsbund	123	124

Auch diese Ziffern zeigen, daß die bürgerlichen Parteien im Gegensatz zu den sozialistischen Parteien ihren Wahlerfolg den Frauen zu verdanken haben; nur die Rechtssozialisten und die Demokraten verwickeln diesen Grund ein wenig. Im allgemeinen kann aber als feststehend erachtet werden, daß die Frauen bei den Reichstagswahlen die Zahl der abgestimmten Männer überwiegen. Genosse Weibel, der Vorsitzende der politischen Gleichberechtigung der Frau, sagte einmal, daß in der ersten Zeit, in der die Frau das politische Wahlrecht habe, in dieses Recht im reaktionären Sinne auszuüben würde. Er hat Recht behalten. Wie in den genannten Orten, so dürfte auch in anderen Orten die Sachlage die gleiche sein und beweisen, wieviel Arbeit unter den Frauen noch zu tun ist; denn es gibt noch viele proletarische Frauen, die ihre Gegner wählen.

Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.

Die Beratung der Vorlagen über die Befolgung der Beamten der Hilfsangelegenheiten sowie über das Mitbestimmungsrecht in der Stadtverordnetenversammlung am Freitag verlief recht ruhig. Da der Magistrat erklärt hatte, daß er sich den Berliner Beschlüssen bezüglich der Hilfsangelegenheiten vollkommen anschließen werde, war seine dem Schiedsgericht nicht anerkennende Vorlage von vornherein erledigt. Für die unabhängige Fraktion bewies Genosse Dersch darauf, daß er bereits in der vergangenen Sitzung die Ansprüche der Hilfsangelegenheiten als berechtigt anerkannt habe und daß seine Fraktion deshalb den Berliner Beschlüssen über die Anerkennung des Schiedsgerichts und das Mitbestimmungsrecht treuhaft zustimme. Im übrigen wurde nach den Beschlüssen des Ausschusses die Regelung des Mitbestimmungsrechts der Beamten verlegt und die Befolgungsvorlage der Beamten mit Ausnahme der der Magistratsmitglieder und der außerhalb der Befolgungsordnung lebenden Personen nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. Die Regelung der Befolgung der angenommenen Gruppen soll nachmals im Ausschuss beraten werden.

Zu einer heftigen Auseinandersetzung mit dem Stadtdirektor Sembrich führte die Anfrage über den Beschluß der Vorsitzenden der Mietregulierungskämmer, den § 10 der Mietregulierungsverordnung im Gegensatz zu den Bestimmungen des Gesetzes ohne Rücksicht auf den Einzelfall anzuwenden. Stadtdirektor Sembrich erklärte sich bei dieser Diskussion nicht nur als ein klarer Gegner der Mietregulierungsverordnung, sondern verweigerte auch jede Einwirkung auf die Vorsitzenden zur Klärung ihrer Haltung. Sowohl von dem Rechtssozialisten Dr. Rosenfeld wie von dem Genossen Herz und dem Demokrat Dr. Hagen wurde dieser Standpunkt als abwegig bezeichnet. Der Versuch des Demokraten Dr. G., Sembrich zu stützen, blieb ohne jeden Eindruck.

Weltliche Schulen in Neudöllau.

In der am Freitag stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung in Neudöllau wurden neben einer Reihe kleinerer Vorlagen der Beamten- und Lehrerbefolgungsreform und dem Schiedsgericht für die nicht ständig Angestellten debattiert. Die Magistratsvorlage, betr. Regelung der Postkosten von 1918 wurde einstimmig abgelehnt, nachdem Genosse Kadde in längerer Ausführungen die Tätigkeit der neuen Sicherheitspolizei kritisiert hatte. Sicherheitspolizei zur eigenen Funktion „Sicherheitspolizei“, nannte Genosse Kadde mit Recht diese Einrichtung. Ein Antrag unserer Fraktion verlangt die Umwandlung der Neudöllauer Volksschule in die weltliche Schule, während die K. S. P. die Zusammenfassung aller vom Religionsunterricht befreiten Kinder in besonderen weltlichen Schulen verlangte. Genosse Schneider begründete unseren Antrag und wies neben den prinzipiellen Gründen, welche dafür sprechen, auf die vielen Mängel hin, welche sich jetzt für die Disziplinierkinder ergeben. Es gab eine richtige Kulturkampfdebatte. Der Zentrumstreuer drohte, diese Frage in den Wahlkampf zu werfen und betonte den außerordentlichen Wert der weltlichen Erziehung für den Wiedereinbau Deutschlands. Genosse Schneider gab dem Herrn die gebührende Antwort. Er zeigte an Beispielen, wie viele die weltliche Erziehung schon bewirkt hat und betonte, daß von den herrschenden Klassen die Religion nur benutzt wird, um die arbeitende Arbeiterklasse niedergubalten. Seine Anträge wurden angenommen. Allerdings besteht augenblicklich keine Möglichkeit, daß sämtliche Schulen als weltliche Schulen eingerichtet werden. Es gibt nur die Möglichkeit, die Kinder nach dem K. S. P.-Antrag in einigen weltlichen Schulen zusammenzufassen.

Aus den Praktiken der Kriegsgewinnler.

Vor der K. Kammer des Landrechts I fand gestern eine Verhandlung statt, die den Patriotismus der Kriegsgewinnler eigenartig beleuchtete. Angeklagt waren die Inhaber der Maschinenfabrik „Adler“, Fräuling und Moser, sowie ein Betriebsleiter, ein Kontrollor und zwei Arbeiter der Firma wegen Verstoß gegen die §§ 200 und 203 des Strafgesetzbuches. Genannte Firma hatte während des Krieges für die Munitionsfabrik Spandau Granaten zu liefern. Nach den Feststellungen des Gerichts haben sich die angeklagten Firmeninhaber große

Druck gegen die bestehenden Bestimmungen der Rohmaterialbehandlung...

Wegen die hohen Preise der Händliger. Wegen die hohen Preise der Händliger...

Einrichtung einer Behandlungsstelle für Augenkrankheiten. Im Institut 'Robert Koch'...

Neue Einreisefristen im Verkehr mit Oberhessen sind mit sofortiger Gültigkeit...

Die Kleinenddorf-Liebenwalder Bahn (Geidekrautbahn), eine Nebenbahn...

Abstimmung in Ostpreußen. Alle abstimmungsberechtigten Personen...

Das gestohlene Flugblatt. Gestern vormittag wurde vor dem hiesigen Heimstättenamt...

Auf der Kammerfahrt tödlich verunglückt ist ein 68 Jahre alter Fischer...

und ist zusammengebracht. Die Leiche wurde nach Berlin ins Schanzenhaus gebracht.

Ein Einbruch bei der Gemeindeverwaltung von Hebern ist befehlige die hiesige Kriminalpolizei...

Voranschlägliches Wetter für Berlin und Umgegend am Sonntag: Zunächst überwiegend heiter...

Aus den Organisationen.

6. Bezirk. Montag 14. Juni 7 Uhr. Sitzung der Frauenarbeits- und Kinderbeschäftigungskommission...

12. Bezirk. Sonntag vormittag 10 Uhr. Vorstandssitzung bei Knopp, Grünfelder Straße 1.

Steglich. Montag 8 Uhr. Sitzung sämtlicher Funktionäre bei Rank, Hildesheimer Straße.

Bereinstellender.

Deutscher Eisenbahner-Verband, Ortsgruppe Groß-Berlin. Dienstag 13. Juni, nachm. 6 Uhr...

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Textil-Gruppe II (Bauwolle, Leinen). Montag 14. Juni...

Verantwortlich für die Redaktion: Leo Liebschütz, Friedenau. Verantwortlich f. d. Inseraten: Ludwig Komerling...

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

140 Lebensmittel-Verteilungsstellen

Tee + Kaffee Kakao = billiger =

Marmelade Ia Qualität, eingekocht mit 50 Proz. Zucker, Pfd. 3.70

Reis I 7.50, II 6.50 Erbsen I 3.50, II 1.90 Bohnen I 3.80, II 1.90 Salzbohnen . . . 0.75 per Pfund

Schokolade extrafeine Schmelz-100-Gramm-Tafel Mk. 6,-

Billige Gewürze 1 Wagn. Ia pr. Oelsardinen portug. 7.50

Maggis Produkte

Flaschenweine gut gepflegt und verarbeitet

BROT hergestellt auf unseren 60 Doppelauszugsdampfbacköfen

Ia Hafer für Kleintierhalter Pfd. 1.80

3 Waggon Zündhölzer eingegangen

Frühstücks-Dessert-Wein 7.60 Wermuth-Wein 7,- Apfelwein 7,- Maitrank 6.50

Sonderverteilung in reinen Seifen vom 14. bis 25. Juni. In Kernwachsseifen, in Toiletenseifen, in Rasierseifen

Cigarren • Tabak • Cigaretten Größte Auswahl Beste Qualität Billigste Preise!

Stoffe für Anzüge, gut und sehr billig. Tuchlager Fritz Dierig.

Annahme in allen Expeditionen des Verlaues KLEINE ANZEIGEN

Berlin-Cüstrin Wohnung in Cüstrin (2-3 Zimmer und Zubehör) wird gegen gleiche Wohnung in Berlin...

Metalle Quecksilber kauft Weltmann, Lützenstr. 20

Verkaufe Gardinenverkauf Deutsch, Landsberger Straße 13.

Möbel Chaiselonzes. 100,- bis 200,-

Tiermarkt Hunde an- und verkauft Capellenhandelsstraße, Böckstraße 78.

Arbeitersekretär. Reflektiert wird nur auf eine tüchtige Kraft, die mit der Sozialversicherung völlig vertraut ist...

Spiralbohrer Schmirgelstein, nur neue, kauft Müller, Neue Königstr. 38

Verkaufe Vornehme Jackett. Smoking, Frackanzüge, Sommeranzüge...

Werkzeuge und Maschinen Spiralböhler zu höchster Fertigkeit...

Fahrräder Fahrraddecken, Prima Gummi 10,- an. Schlauche M. 35,-

Unsere Expedition Blankenburg - Buchholz befindet sich nicht mehr bei Scheer...

Botenfrauen werden sofort eingestellt

Raufsuche Leim, Sobolack kauft Harms, Tannenberger, Große Hamburger Str. 10/11

Arbeitsmarkt Tüchtige Straßenhändler und Hausierer...

Ansiedlungen Peterhagen Porzellan, Leber-Land, Weg Anshöher, 1810ca, Magdeburgerstraße